

«Polizeiopfer» besuchten Stadtrat

Rund 80 Demonstranten begrüßten gestern Abend die **Stadtratsmitglieder** nach der Sitzung mit Buhrufen

Im Stadtrat warfen sich linkes und bürgerliches Lager gegenseitig vor, die Sicherheitsfrage wegen der Wahlen zu instrumentalisieren. Draussen erwartete die Ratsmitglieder eine Delegation der 242 Verhafteten, die ihrem Unmut über die Repression der Polizei an der verbotenen Anti-WEF-Demonstration Luft machte.

MARKUS DÜTSCHLER

Es war eine Begegnung der dritten Art: Gediegen gekleidetes Publikum strömte gestern Abend ins Rathaus, um in der Halle an der Vernissage eines Design-Möbelhauses teilzunehmen. Im Ratssaal stritt das Stadtparlament über den richtigen Weg zu mehr Sicherheit in der Stadt. Und draussen formierte sich eine Spalierformation, bestehend aus rund 80 Personen mit weissen Nummernschildern auf der Brust. Die meist jungen Leute protestierten auf dem Rathausplatz gegen die «brutale Behandlung» durch die Polizei im Verlauf der verbotenen Anti-WEF-Demonstration vom vergangenen Samstag – stellvertretend für die 242 Festgenommenen.

Spießrutenlauf für Stadträte

Als die Stadträte in der Sitzungspause aus der Tür traten, wurden sie mit Buhrufen empfangen. SP-Leute, etwa der neue Ratspräsident Res Zysset oder Kopräsident Thomas Göttin, bekamen den altbekannten Spruch zu hören: «Wer hat uns verurteilt? Sozialdemokraten.»

Die Polizei war – abgesehen von zivilen Beamten – kaum präsent, wenn man von diskret platzierten Mannschaftsbussen in der näheren Umgebung absieht. Polizeidirektor Hügli wurde beim Verlassen des Rathauses mit einigen Schmährufen bedacht, blieb aber sonst unbehelligt. Ein Manifestant mit der Nummer eins – vom Genuss des mitgeführten Billig-Dosenbiers sichtlich gezeichnet – suchte etwas mehr Action, schritt wild entschlossen zur Rathausstürze, öffnete sie und rief der Vernissage-Gemeinde ein nicht druckfähiges Wort zu. Sofort wurde er von besonnenen Mitstreiterinnen streng zum Rückzug ermahnt. Auch eine Petarde knallte ohrenbetäubend, sonst aber blieb



Vor dem Rathaus war für die Stadtratsmitglieder ein **Spießrutenlaufen** angesagt.

LUKAS LEHMANN/KEYSTONE

die Situation ruhig. Die Aktion glich eher einem Happening.

Schlagabtausch im Ratssaal

Zuvor hatte es der Rat mit 38 zu 21 Stimmen abgelehnt, eine Debatte über den Polizeieinsatz zu führen. Gestritten wurde über das richtige Rezept für mehr Sicherheit in Bern – anhand von zwei dringlichen Interpellationen. Beide widmeten sich der Frage, ob die verstärkte Polizeipräsenz in der Innenstadt auf Kosten der Aussenquartiere gehe – separat eingereicht von Philippe Müller (fdp) und Corinne Mathieu (sp). Müller warf dem Gemeinderat, auch dem Parteifreund und Polizeidirektor Stephan Hügli, vor, die Verstärkung der Polizeipräsenz sei ein «unvorbereiteter Schnellschuss» gewesen. Was RGM in 15 Jahren versäumt habe, könne die Regierung nicht ein Jahr vor den Wahlen aufholen. Von linker Seite hiess es, mehr Polizeipräsenz sei an einigen Orten nötig, doch umfasse Sicherheit auch soziale Sicherheit und sichere Schulwege.

Juristisches Nachspiel

KANTONSPOLIZEI Im Falle des festgenommenen Bluters könnte es zu einem Strafverfahren gegen die Kantonspolizei Bern kommen. Der Bluter wurde letzten Samstag, anlässlich der verbotenen Manifestation gegen das Weltwirtschaftsforum, polizeilich angehalten. Gemäss seinem Gedächtnisprotokoll musste er rund eine Stunde auf einen Arzt warten – trotz inneren Blutungen und obwohl den Ordnungshütern bekannt war, dass sein Blut nicht gerinnt. Fakt ist: Der Bluter ist bis heute ans Spitalbett gefesselt; bleibende Schäden wird er höchstwahrscheinlich keine davontragen.

Der Polizei werde vorgeworfen, eine strafbare Handlung begangen zu haben, sagte Sprecherin Stefanie Gerber gestern auf Anfrage. Es liege deshalb

auch im Interesse der Kantonspolizei, den Fall minutiös aufzuarbeiten. Wegen der Schwere des Vorwurfs wird der Fall nicht bloss intern abgeklärt, sondern vom Richteramt Bern-Mittelland untersucht. Erhärten sich die Vorwürfe, steht der Polizei ein Strafverfahren bevor. Jürg Keller von Amnesty International: «Entsprechen die Aussagen des Bluters der Wahrheit, liegt eine klare Menschenrechtsverletzung vor.»

Mit Sicherheit zu einem Streit vor dem Richter kommt es wegen der Verhaftung zweier linker Journalisten im Vorfeld der Anti-WEF-Kundgebung. Unterstützt durch Comedia, erstatten sie nun Anzeige. Die Polizei äusserte sich bereits zum Fall: Einer der beiden Journalisten unterhalte enge Beziehungen zum Bündnis für globalen Widerstand. (phi)

SVP will keine neue Demo

ANTI-WEF Die SVP der Stadt Bern empfiehlt dem Gemeinderat, «ein klares Zeichen zu setzen» und die von den WEF-Gegnern angekündigte zweite Demonstration für morgen nicht zu genehmigen. Beat Schori präzisierte auf Anfrage, falls sich die Organisatoren öffentlich von Gewalt distanzieren und versprechen, alle Auflagen einzuhalten, könne ihnen eine Platzkundgebung ausserhalb des Zentrums zugestanden werden. Die Umsetzeinbussen des Gewerbes von bis zu 50 Prozent seien nicht mehr länger tragbar. Es wäre laut Schori schade, wenn die Regierung ihre erfreuliche Abkehr von der Laisser-faire-Politik bereits wieder revidieren würde. (mdü)

Waldrodung wirft Fragen auf

Zur Überbauung **Forsthaus West** melden sich bislang nur wenige Gegner zu Wort

Gegen die neue **Kehrichtverbrennungsanlage beim Forsthaus West** gibt es derzeit fast keine Opposition. Als Minuspunkt werten die Kritiker einzig die Rodung einer Waldfläche.

SIMON HARI

«Es freut mich, dass Sie gekommen sind. Und es freut mich, dass Sie so wenige sind.» Der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät deutete das geringe Interesse am Informationsanlass zum Jahrhundertprojekt Forsthaus West als gutes Omen. «Offenbar ist auch das Stimmvolk der Vorlage günstig gesinnt», sagte der Stadtpräsident in Anspielung auf den einstimmigen Stadtratsbeschluss vom November letzten Jahres.

Im Hinblick auf die Urnenabstimmung vom 24. Februar erläuterte er am Mittwochabend zusammen mit der Bauherrschaft und den betroffenen Quartierleuten das Bauvorhaben und stellte sich den Fragen der rund 30 Anwesenden. Ab 2012 soll auf dem Gelände zwi-

schen Autobahn A1 und Murtenstrasse eine moderne Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) jährlich 110 000 Tonnen Abfall verbrennen und gleichzeitig die Stadt mit Heizungswärme und Strom versorgen. Direkt daneben soll der neue Stützpunkt der städtischen Feuerwehr zu stehen kommen.

«Könnte das Bundeshaus heizen»

Die Verantwortlichen präsentierten den Standort in den höchsten Tönen: «Die neue KVA ist nahe genug, um beispielsweise das Bundeshaus oder den Hauptbahnhof zu heizen. Und sie ist doch genug weit entfernt, um niemanden beim Wohnen zu stören», sagte Kurt Bill, Chef der Energie Wasser Bern (EWB). Auch für die Feuerwehr sei der Standort besser als der bisherige im Nordquartier, sagte Rudolf Lanzrein, Leiter der Stadtbauten Bern (Stabe): «Wir sind näher an Berns wachsendem Westen und haben im Forsthaus direkten Anschluss an die Autobahn.» Mehrere Redner wiesen darauf hin, dass das Vorhaben auch für den Steuerzahler attraktiv sei: Die gemeinsame Bau-

herrschaft von EWB und Stabe kommt für die Gesamtkosten von 285 Millionen Franken selber auf.

Spaziergänger: «Wald schützen»

Als einzigen Schwachpunkt des Projekts bezeichneten die Redner die notwendige Rodung von 5,8 Hektaren Wald. Durch die Ersatzaufforstung in der Nähe beim Jordanweiher und bei der Aare in Kiesen sei dies jedoch zu verkraften, sagte Tschäppät. Zudem sei das betroffene Waldstück zwischen Autobahn und Bahnlinie von eher geringer Qualität.

Just diese Bemerkung stiess einigen wenigen Zuhörern sauer auf. Er sei bisher davon ausgegangen, dass Wald per se schützenswert sei, sagte ein Brückfeldbewohner und bekennender Spaziergänger. Mit zwei Mitstreitern verwickelte er die Projektverantwortlichen in eine Diskussion zu einer Frage, die sich nicht abschliessend beantworten lässt: Was ist für die Umwelt besser, ein Stück Wald stehen zu lassen oder an dessen Stelle eine Verbrennungsanlage mit ökologischem Kraftwerk zu bauen?

Grüne Freie Liste bleibt RGM treu

STADT BERN Die Mitglieder der Grünen Freien Liste (GFL) der Stadt Bern haben am späten Mittwochabend entschieden, für die Stadtratswahlen von Ende Jahr wie bisher eine Listenverbindung mit den Rot-grün-Mitte-Parteien anzustreben. Der GFL-Vorstand hatte vorgeschlagen, stattdessen eine gemeinsame Liste mit der Fraktionspartnerin EVP ins Auge zu fassen.

Diese Idee stiess in der Partei mehrheitlich auf Ablehnung. Eine Verbindung mit der EVP werfe ein anderes, unpassendes Licht auf die GFL, wurde argumentiert. Gerade in gesellschaftspolitischen Fragen seien die Positionen der beiden Parteien zu verschieden, sagte Grossrätin Anna Coninx. Als Beispiele erwähnte sie die Diskussion um ein Minarettverbot oder um sexistische Werbung. Regierungsrat Bernhard Pulver machte auf die Symbolik von Listenverbindungen aufmerksam. Die SP und das Grüne Bündnis seien starke Partner der GFL, mit welchen auf verschiedenen Ebenen sehr gut zusammengearbeitet werde. Eine allfällige Listenverbindung mit der EVP sende «ein komisches

Signal» an die Wählerinnen und Wähler, sagte Pulver. Unter der Bedingung, dass die beiden linksgrünen Splitterparteien GPB und PdA von der Liste ausgeschlossen werden, stellte sich die grosse Mehrheit der GFL-Mitglieder schliesslich hinter eine Listenverbindung mit den RGM-Parteien.

Bewusst provokativer Vorschlag

Für den GFL-Präsidenten Manuel C. Widmer ist dieser Entscheidung keine Niederlage, wie er gestern auf Anfrage erklärte: «Ich fühle mich überhaupt nicht als Verlierer», sagte er. Es sei gar nicht so wichtig, für welche Variante sich die Partei entschieden habe. Zentral war für Widmer der Gedankenaustausch. «Wir haben absichtlich einen provokativen Vorschlag gemacht, damit eine spannende Diskussion entstehen konnte.» In dieser Debatte kam auch ein möglicher GFL-Alleingang ohne Listenverbindungen zur Sprache. Ein entsprechender Antrag wurde nur äusserst knapp abgelehnt. Spätestens in vier Jahren müsse auch darüber wieder gesprochen werden, so Widmer. (bro)

Gesperrt wegen Bombenalarm

SCHAUPLATZGASSE Wegen eines Bombenalarms wurde gestern Abend vorsorglich die Schauplatzgasse gesperrt. Passanten wurden weggeschickt und gewarnt, es könne gefährlich sein.; die anliegenden Lokale und ein Hotel wurden offenbar evakuiert und in der Leitzentrale von Bern Mobil hiess es, dass die Busse umgeleitet würden. Für den Polizeieinsatz sorgte ein verdächtiges Gepäckstück. «Wir haben einen zurückgebliebenen Koffer gefunden und weiträumig abgesperrt», sagte Walter Marmet von der Einsatzzentrale der Kantonspolizei Bern. Ob es sich bei dem Koffer um eine Bombe gehandelt hat, wollte Marmet nicht bestätigen. Dies werde derzeit abgeklärt. Die Ermittlungen waren bei Redaktionsschluss noch im Gange. (acs)

Caviezel kehrt nicht zurück

BEA BERN EXPO Der frühere Vorsitzende der Geschäftsleitung Christoph Caviezel und die BEA Bern Expo haben sich in beiderseitigem Einvernehmen getrennt. Das teilte das Messeunternehmen gestern in einem Communiqué mit. Demnach sei das Arbeitsverhältnis aufgelöst worden und Caviezel aus der BEA Bern Expo AG ausgeschieden. «Ich kann keinen weiteren Kommentar abgeben, wir haben Stillschweigen vereinbart», sagte Verwaltungsratspräsident Nicolas Markwalder auf Anfrage.

Zuvor war Caviezel mehrere Wochen lang vollkrank geschrieben gewesen, weswegen ihn der Verwaltungsrat Mitte Dezember 2007 ad interim von seinen Aufgaben entbunden hatte. Damals räumte Markwalder ein, dass Caviezels Absenz zu Spannungen im Betrieb geführt habe. Heiner Federli hat seitdem den Chefposten übernommen. Die Nachfolge werde derzeit geplant, teilte die BEA mit. (acs)

«Rössli» bald ohne Pächter

BELP Am 31. Januar wird im «Rössli» zum letzten Mal Bier gezapft. Mit einem Fest verabschiedet sich das Pächter-Ehepaar Cécile und Urs Gyax nach zehn Jahren vom «Rössli» und seinen Gästen. «Unser Mietvertrag läuft Ende Januar aus. Wir haben uns entschlossen, den Vertrag nicht mehr zu erneuern», sagt Urs Gyax. Vom Vermieter trennen sich die Pächter im Frieden, sie hätten nie Probleme gehabt. Vor dem «Rössli» wirtete das Ehepaar Gyax in der «Fregatte» in Belp. Nun wechseln sie ins Restaurant Waldegg in Hasle-Rüegsau. «Das «Rössli» ist ein grosses Lokal mit 40 bis 50 Sitzplätzen. Dazu kommen zwei Säle und ein gedeckter Garten für rund 100 Personen», sagt Cécile Gyax. Sie hätten sich nun ein kleineres Lokal gesucht.

Wie es im «Rössli» weitergeht, ist noch nicht klar. Offenbar ist jedoch der Konkurrenzdruck auf dem Platz Belp gross. Nach Auskunft des Regierungstatthalters Marc Fritschi gibt es rund 30 Restaurants, die täglich öffnen. Veränderte Ess- und Freizeitgewohnheiten haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass mehrere der angestammten Lokale schliessen mussten, wie zum Beispiel der «Schützen» und die «Traube». (fsb/hpa)

KURZ

Zwei Mal Ja-Parole

STADT BERN Die GFL hat an ihrer Mitgliederversammlung vom Mittwoch die Parolen für die zwei städtischen Abstimmungen vom 24. Februar gefasst. Sie empfiehlt sowohl die Vorlage zum Infrastrukturstandort Forsthaus West als auch diejenige zum Zonenplan Ausserholligen einstimmig zur Annahme. (pd)